



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Stenographisches Protokoll



JUGENDPARLAMENT 11/08

Thema: Kinder- und Jugendarmut

Freitag, 21. November 2008

Sitzungssaal des Nationalrates

15.30 Uhr – 16.42 Uhr

Eingeladen zum Jugendparlament wurden Schüler und Schülerinnen der 10. Schulstufe aller Schultypen des im 2. Halbjahr 2008 im Bundesrat Vorsitz führenden Bundeslandes Vorarlberg.

Eine Jury bewertete die eingelangten Antworten auf die Frage „Was bedeutet Demokratie für dich und deine KlassenkollegInnen?“, wobei unter mehreren Bewerbungen die Wahl auf folgende drei Schulen fiel:

6c- und 6d-Klasse, Bundesgymnasium Dornbirn,

2AHBT-Klasse (Bautechnik), HTL Rankweil

2aa-BHAK-Klasse, HAK Bregenz.

Das Thema des Jugendparlaments am 21. November 2008 lautete „Kinder- und Jugendarmut auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention“. Die Diskussionen der Jugendlichen im Plenarsaal des Nationalrates behandelten Fragen wie:

Sollen wirklich nur jenen bedürftigen Kindern Zuschüsse für die Teilnahme an Schulveranstaltungen wie Skikursen, Sport- und Projektwochen gewährt werden, die das vorangegangene Schuljahr mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen haben?

Sind 500 € Förderung ausreichend oder angesichts der Budgetsituation in Österreich vielleicht schon zu viel?

Und was soll die vorgesehene Verfassungsbestimmung, die Kindern und Jugendlichen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einräumt, bewirken?

Tagesordnung

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage (1 d.B.): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird (3 der Beilagen)

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage (2 d.B.): betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird (4 der Beilagen)

Beginn der Sitzung: 15.30 Uhr

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren Abgeordnete des Jugendparlaments, ich darf Sie alle sehr herzlich zur Sitzung des heutigen Jugendparlaments begrüßen. Die einzelnen Gruppen haben ihre Fraktionssitzungen mit Unterstützung der Abgeordneten zum Nationalrat Elisabeth Hakel, Silvia Fuhrmann, Ing. Christian Höbart, Gerald Grosz und Tanja Windbüchler-Souschill – Sie haben sie ja alle kennengelernt – erfolgreich abgeschlossen. Ich möchte dafür natürlich auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr herzlich danken.

Bevor wir die heutige Debatte beginnen, sind noch einige Punkte bekannt zu geben, die wesentlich sind, damit die Diskussion ordnungsgemäß abgeführt werden kann.

Folgende Punkte stehen, wie Sie wissen, auf der Tagesordnung:

1. Punkt: Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesverfassungsgesetz zum Thema Kinderarmut.
2. Punkt: Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, zum Thema finanzielle Unterstützung bei Schulveranstaltungen.

Redezeitvereinbarung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Folgende Redezeiten wurden vereinbart: Die Gesamtredezeit für die heutige Sitzung beträgt 60 Minuten. Davon entfallen auf die einzelnen Fraktionen folgende Blockredezeiten: auf die Weißen 22 Minuten, auf die Gelben 17 Minuten, auf die Türkisen 11 Minuten und auf die Violetten 10 Minuten.

Die Aufteilung der Redezeit auf die einzelnen Rednerinnen und Redner wurde innerhalb der Klubs selbst geregelt, wobei pro Wortmeldung der Abgeordneten eine Redezeit von 3 Minuten nicht überschritten werden soll.

Ich ersuche, dieses freiwillige Zeitlimit, das Sie sich selbst gesetzt haben, auch einzuhalten, damit jede/jeder, die/der sich zu Wort gemeldet hat, auch wirklich zu Wort kommen kann, denn Sie wissen, am Ende zählt jede Minute, und wenn die Gesamtredezeit eines Klubs beziehungsweise einer Fraktion ausgeschöpft ist, dann kommen die Redner, die noch auf der Liste stehen, nicht mehr zu Wort.

Ferner mache ich auch darauf aufmerksam, dass das rote Lämpchen am RednerInnenpult 1 Minute vor Redezeitende zu blinken beginnt. So können Sie sich auch orientieren, wie viel Redezeit Sie noch zur Verfügung haben.

1. Punkt

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage (1 d.B.): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird (3 der Beilagen)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Bereuter. Frau Abgeordnete, ich darf Sie um Ihren Bericht bitten.

Berichterstatterin Veronika Bereuter: Ich erstatte den Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird.

In der Debatte haben alle Abgeordneten den Gesetzesvorschlag begrüßt. Sie haben aber darauf hingewiesen, dass dieser Vorschlag nicht ausreichen wird. Es wird daher wichtig sein, vor allem über Bildung weiterzudiskutieren.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen. Ein von den Abgeordneten Grillmayr und Rudigier eingebrachter Entschließungsantrag betreffend Recht auf Bildung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle

1. dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und
2. die angeschlossene Entschließung annehmen.

Danke. *(Beifall.)*

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank, Frau Berichterstatterin.

Diskussion

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gehen in die Debatte ein.

Mir liegt die Redner- und Rednerinnenliste vor, nach der ich auch vorgehen werde. Als Erste hat sich Frau Abgeordnete Beck zu Wort gemeldet. Redezeit: 2 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.35

Abgeordnete des Jugendparlaments Julia Beck (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Die Rednerin stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für ein soziales Österreich“ vor sich auf das Rednerpult.)* In Österreich leben rund 114 000 Kinder und Jugendliche unter der Armutsgrenze. Wir, die Weißen, geben dem Gesetzentwurf unter TOP 1 aus folgenden Gründen unsere Zustimmung: Kinder und Jugendliche haben das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, der gesunde Ernährung, gute Ausbildung und medizinische Versorgung mit einschließt.

Grundsätzlich sind die Eltern dafür verantwortlich, was jedoch nicht immer möglich ist. Darum gibt es vom Staat Hilfs- und Unterstützungsprogramme. Der Staat hat außerdem alle Maßnahmen für Unterhalt und finanzielle Unterstützung zu treffen. Wir wollen, dass auch Kinder, die nicht für sich selbst sprechen können, gehört werden. *(Beifall.)*

15.36

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Metzler zu Wort. Die gewünschte Redezeit beträgt ebenfalls 2 Minuten. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.36

Abgeordneter des Jugendparlaments Mathias Metzler (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Wir haben heute über die Regierungsvorlage diskutiert, gemäß der die Kinderrechte endlich in die österreichische Bundesverfassung aufgenommen werden sollen. – Diese Maßnahme ist längst überfällig, ja ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber uns Jugendlichen und den Kindern.

Kinder und Jugendliche bedürfen des Schutzes der Gesellschaft. Durch unsere Maßnahme, den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen in den Verfassungsrang zu erheben, zeigen wir, wie viel uns an einer effizienten sowie gerechten Kinder- und Jugendpolitik liegt. Wir erhoffen uns die Erhöhung der Chancengleichheit von Jugendlichen und Kindern, egal welcher Herkunft.

Bildung kennt keine Grenzen – weder soziale noch gesellschaftspolitische. Das Recht auf eine anständige Ernährung soll in Hinkunft nicht vom sozialen Hintergrund abhängig sein. Es darf nicht länger sein, dass die Zukunft von Kindern und Jugendlichen nur von der sozialen Herkunft ihrer Eltern abhängt.

Natürlich geht es nicht darum, die Eltern ihrer Pflicht als Erzieher zu entheben, sondern darum, sie und die Kinder in schwierigen Situationen zu unterstützen.

Wo wir – meine Fraktion und ich – der türkisen und violetten Fraktion beipflichten, ist bei dem Aspekt, dass der Staat jedem die Chance auf bestmögliche Bildung bieten soll. Deswegen werden wir sowohl dem Abänderungsantrag als auch der Regierungsvorlage zustimmen. *(Beifall.)*

15.38

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank. – Noch einmal zur Erläuterung: Sobald das rote Licht nicht mehr leuchtet, ist die Redezeit abgelaufen. Ich werde dann, sollte die Redezeit zu lange überschritten werden, mit der Glocke läuten. Dann wissen Sie, Sie sollten zum Ende kommen.

Als Nächste gelangt Frau Abgeordnete Schmid zu Wort. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 2 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.39

Abgeordnete des Jugendparlaments Anja Schmid (Türkis): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es stellt sich die Frage, warum sich gerade die Türkise Partei so darum bemüht hat, dass das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für Kinder und Jugendliche in die Verfassung aufgenommen wird. – Ganz einfach deshalb, weil Kinderarmut, obwohl Österreich weltweit die zweithöchste Lebensqualität aufweist, zu einem immer größeren Problem in unserem Land wird.

Laut einer aktuellen Studie ist in der EU jedes fünfte Kind von Armut betroffen. In Österreich liegt die Zahl bei 15 Prozent. Sie müssen sich vorstellen, das sind 114 000 Kinder in ganz Österreich! Diese Armutsfalle darf nicht weiter zuschnappen. Deswegen ist die Verankerung dieses Gesetzes in der Verfassung äußerst wichtig.

Einen weiteren Riesenerfolg – dank unserer Initiative! – stellt die Aufnahme der Bildung in das Bundes-Verfassungsgesetz dar. Sagen wir alle gemeinsam ja zu diesem Gesetzentwurf, dann können wir zu Recht stolz auf diesen heutigen Tag sein! – Danke. *(Beifall.)*

15.40

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank. – Nun gelangt Frau Abgeordnete Rudigier zu Wort. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.40

Abgeordnete des Jugendparlaments Ramona Rudigier (Violett): Sehr geehrte Nationalratspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Jugendparlaments! Kinder und Jugendliche haben das Recht auf einen Lebensstandard, der ihrer körperlichen, seelischen und sozialen Entwicklung angemessen ist.

Es ist uns wichtig, dass dies in der Verfassung steht, damit alle darauf achten. Zudem können Kinder ihre Rechte dann einklagen. Dadurch wird nach außen sichtbar, dass das österreichische Recht nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder gilt. Ebenso spielt Bildung eine große Rolle. Deswegen unterstützen wir den Entschließungsantrag, in dem die Aufnahme des Rechts auf Bildung in die Verfassung gefordert wird. – Danke. *(Beifall.)*

15.41

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Kühne zu Wort. Redezeit: 2 Minuten. – Bitte.

15.42

Abgeordneter des Jugendparlaments David Kühne (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! (Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für mehr Menschlichkeit im Land“ vor sich auf das Rednerpult.) Wir, die Weißen, sind der Ansicht, dass der Gesetzentwurf bezüglich des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard von Kindern und Jugendlichen vollständig übernommen werden soll. Da sozial benachteiligte Kleinkinder staatliche Hilfe benötigen und sich nicht selbst wehren können, sind wir dafür, dass der Gesetzentwurf in der derzeitigen Form beibehalten wird. (Beifall.)

15.42

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hefel. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 2 Minuten. – Bitte.

15.42

Abgeordneter des Jugendparlaments Maximilian Hefel (Gelb): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Kinderrechte sind Menschenrechte. Unsere Fraktion steht für Miteinander und Gemeinschaft, und wir nehmen diese Inhalte und Zielsetzungen sehr ernst.

Wie können eine Gemeinschaft und ein Miteinander funktionieren, wenn den Rechten der Jüngsten in unserer Gesellschaft nicht angemessen Rechnung getragen wird?

Österreich ist der Kinderrechtskonvention bereits 1992 beigetreten, und seitdem kämpft unsere Fraktion dafür, dass die Kinder- und Jugendrechte in der österreichischen Verfassung verankert werden.

Wir sind für den Schutz vor Diskriminierung, für das Recht auf Bildung und Ausbildung, für das Recht auf eine Familie und elterliche Fürsorge und für das Recht auf Betreuung bei Behinderung – um nur einige Punkte zu nennen. Ich behaupte, dass sich jeder und jede Abgeordnete, der oder die gegen die Verankerung dieser Grundrechte ist, eigentlich gegen das Leben an sich ausspricht.

In einem Land wie Österreich hat jedes Kind von Geburt an das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, in dem die Basisversorgung keine Frage darstellt. Liebe Kollegen und Kolleginnen! Mein Klub und ich plädieren dafür, dass Sie alle heute für die Verankerung der Kinderrechte in der österreichischen Bundesverfassung stimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

15.44

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Amann zu Wort. Er hat sich 1 Minute Redezeit vorgenommen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.44

Abgeordneter des Jugendparlaments Mario Amann (Türkis): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Hohes Haus! Die Kinder- und Jugendarmut liegt in Österreich zwar mit 15 Prozent unter dem Durchschnitt der EU, trotzdem leben immer noch 114 000 Kinder in manifester Armut, und weitere 95 000 sind schwer armutsgefährdet.

Ist es nicht unglaublich, dass in Österreich, einem der wohlhabendsten Länder der EU, so viele Menschen in Armut leben müssen? – Daher sollten wir alle etwas dagegen tun!

Leider erhielt unser Antrag bezüglich Nachhilfe im Ausschuss keine Zustimmung. Unserer Meinung nach wäre dieser Punkt sehr wichtig gewesen, denn in Österreich geben Eltern sehr viel Geld – zirka 130 Millionen € – für Nachhilfe für ihre Kinder aus. Arme Eltern haben selbst bei kleinen Beträgen eine große Hemmschwelle, Hilfe anzufordern, denn sie halten es für eine große Blamage.

Wir hoffen trotzdem, dass wir heute einige unserer Punkte durchsetzen können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

15.45

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Rinderer zu Wort. Ebenfalls 1 Minute Redezeit. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.46

Abgeordneter des Jugendparlaments Mathias Rinderer (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Ein armuttfreies Österreich“ vor sich auf das Rednerpult.)* Die Weiße Partei stimmt dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard von Kindern und Jugendlichen auf jeden Fall zu, da diese nichts dafür können, dass sie arm sind.

Vor allem Kleinkinder können sich nicht wehren und benötigen staatliche Hilfe, um sich durchsetzen zu können. *(Beifall.)*

15.46

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Zumtobel zu Wort. 2 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.47

Abgeordneter des Jugendparlaments Alexander Zumtobel (Gelb): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Damen und Herren auf der Regierungsbank! Mein Klub, der für Miteinander und Gemeinschaft steht, ist für die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. Kinderrechte sind eine besondere Gruppe von Menschenrechten, und für uns war es nie eine Frage, dass die Rechte junger Menschen unter 18 Jahren besondere Bedeutung genießen. Schon 1989 wurde der grundlegende Katalog dieser Rechte von den Vereinten Nationen beschlossen.

Wer von Ihnen wäre gegen Bildung, gegen eine angemessene Gesundheitsvorsorge, gegen Schutz vor Gewalt oder gegen die Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen? – Ich hoffe, wohl niemand, denn das sind die Grundlagen unserer funktionierenden Demokratie.

Ich rufe Sie daher ernsthaft dazu auf, dieser Verankerung heute zuzustimmen. Uns von „Miteinander und Gemeinschaft“ ist es ein Anliegen, dass Kindern in Österreich die Wiege für eine sichere und bessere Zukunft gelegt wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

15.48

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Schertler zu Wort. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.48

Abgeordneter des Jugendparlaments Ruben Schertler (Türkis): Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrtes Hohes Haus! Ich stehe hier als Mitglied des türkisen Klubs, weil dieser für Bildung und Wissen steht und ich viel von Bildung halte.

Allerdings kommt diese bei ärmeren Kindern des Öfteren zu kurz. Deshalb befürworten meine Fraktion und ich, dass Kinderrechte in die Bundesverfassung aufgenommen werden und ihre Rechte sicher verankert werden.

Die Kinder sind die Zukunft des Staates und sollten daher rechtlich abgesichert sein, da sie sich noch nicht selbst wehren können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

15.49

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Maghörndl zu Wort. 1 Minute gewünschte Redezeitbeschränkung. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.49

Abgeordneter des Jugendparlaments Ingo Maghörndl (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Uns liegt Österreich am Herzen“ vor sich auf das Rednerpult.)* In Österreich liegt die Kinderarmut bei 15 Prozent. Wir, die Weißen, wollen – im Gegensatz zu den anderen Parteien – etwas daran ändern. Uns liegt das Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung am Herzen. Darum stimmen wir dem Antrag unter TOP 1 voll zu. Niemand kann etwas dafür, in welche Familie er geboren wird. Außerdem können sich Kleinkinder nicht wehren und sich nicht selbständig an öffentliche Anlaufstellen wenden. *(Beifall.)*

15.50

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Lins. 2 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.50

Abgeordnete des Jugendparlaments Martina Lins (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren heute über eine Regierungsvorlage, die meines Erachtens sehr wichtig ist. Die Kinderrechte sollen in die österreichische Bundesverfassung aufgenommen werden. Das ist dringend notwendig, um zur Chancengleichheit beizutragen.

Uns liegt viel an der Kinder- und Jugendpolitik, deshalb wollen wir zum Schutz der Kinder und Jugendlichen beitragen. Bildung soll keine Grenzen haben. Auch muss sich jeder eine gesunde Ernährung leisten können. Wir werden den Eltern die Erziehung nicht abnehmen, sondern es geht darum, bedürftige Kinder zu unterstützen – gerade in schwierigen Situationen.

Durch den heutigen Beschluss werden die Kinder- und Jugendrechte auch einklagbar. Wir, die gelbe Fraktion, wollen, dass jeder die Chance auf eine gute Bildung hat. Wir stehen hinter der Regierungsvorlage, haben diese entscheidend verbessert und werden zustimmen. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

15.51

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Bernhart zu Wort. 1 Minute gewünschte Redezeit. – Bitte, Herr Abgeordneter.

15.51

Abgeordneter des Jugendparlaments Florian Bernhart (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Uns liegt Österreich am Herzen“ vor sich auf das Rednerpult.)* Wir, die Weißen, sind damit einverstanden, den unter TOP 1 behandelten Gesetzentwurf vollständig und unverändert zu akzeptieren, weil die Kinder und Jugendlichen nicht schuld an ihrer Armut sind, sondern schon in einer Familie zur Welt kommen, deren finanzielle Lage schlecht ist.

Minderjährige Jugendliche und Kinder sollten die Möglichkeit haben, mit einem Arzt oder einer Bezugsperson über ihre finanzielle Situation zu sprechen. *(Beifall.)*

15.52

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Kavas. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.52

Abgeordnete des Jugendparlaments Nina Kavas (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Kinder- und Jugendrechte gehören in besonderem Maße unterstützt, und dafür stehen wir mit unserem Namen: Nicht umsonst heißen wir „Miteinander und Gemeinschaft“, denn in einer Gemeinschaft gehören die Kleinsten in besonderem Maße unterstützt.

Für uns ist es keine Frage, dass diese Rechte – das Recht auf Bildung, das Recht auf Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, um nur einige zu nennen – unbedingt in der Verfassung verankert gehören. Dafür haben wir uns immer eingesetzt und werden auch nicht damit aufhören, bis das durchgesetzt ist.

Nach wie vor sind die Eltern für ihre Kinder verantwortlich. Der Staat kann die Erziehung nicht übernehmen, aber es ist seine Aufgabe, eine gesunde Basis für eine gesunde Erziehung zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

15.53

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächste ist Frau Abgeordnete Wachter zu Wort gemeldet. – Bitte, Frau Abgeordnete.

15.53

Abgeordnete des Jugendparlaments Anja Wachter (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! (*Die Rednerin stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für ein soziales Österreich“ vor sich auf das Rednerpult.*) Aufgrund folgender Argumente sind wir für den Antrag unter TOP 1: Kinder werden oft in die Armut hineingeboren und können sich nicht gegen sie wehren. Kleinkinder sind nicht in der Lage, selbst Hilfe anzufordern. Besteht ein Bedarf an Hilfe, müssen wir aktiv eingreifen und bei Nöten helfen.

Wir fordern finanzielle Unterstützung durch den Staat. – Danke. (*Beifall.*)

15.54

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Punkt. Es ist dazu niemand mehr zu Wort gemeldet.

Ich schließe daher die Debatte.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Tagesordnungspunkt 1.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesverfassungsgesetz zum Thema Kinderarmut.

Dazu ist eine **namentliche Abstimmung** verlangt worden.

Dieses Verlangen wurde von zehn Abgeordneten gestellt, ihm ist daher stattzugeben. Ich gehe daher folgendermaßen vor:

Die Stimmzettel, die zu benützen sind, haben Sie bereits erhalten. Sie tragen die Bezeichnung „**Ja**“ – das sind die orangen Stimmzettel – beziehungsweise „**Nein**“ – das sind die grauen Stimmzettel. Für die Abstimmung können ausschließlich diese beiden Stimmzettel verwendet werden.

Gemäß der Geschäftsordnung werden Sie namentlich aufgerufen, den Stimmzettel in die bereitgestellte Urne zu werfen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die **für** das Bundesverfassungsgesetz betreffend Kinderarmut stimmen, den „**Ja**“-Stimmzettel, und jene, die dagegen stimmen, den „**Nein**“-Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Christoph Peter mit dem Namensaufruf zu beginnen; Frau Abgeordnete Jana Kyburz wird ihn später ablösen.

(Über Namensaufruf durch den Schriftführer Christoph **Peter** und die Schriftführerin Jana **Kyburz** werfen die Abgeordneten des Jugendparlaments ihre Stimmzettel in die dafür bereitgestellte Urne.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vielen Dank. – Sind alle aufgerufen worden und haben ihre Stimmen abgegeben? – Ja, das ist der Fall. Die Stimmabgabe ist damit beendet.

Die Bediensteten des Hauses werden nun die Stimmzählung vornehmen. Die beiden SchriftführerInnen werden ihnen dabei behilflich sein beziehungsweise dies auch beaufsichtigen. Zu diesem Zwecke **unterbreche** ich kurz die Sitzung.

(Die Sitzung des Jugendparlaments ist von 16.04 Uhr bis 16.06 Uhr unterbrochen. – Bedienstete der Parlamentsdirektion nehmen die Stimmzählung vor.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Es wurden **82 Stimmen** abgegeben, davon **81 Ja-Stimmen** und **1 Nein-Stimme**.

Das Bundesverfassungsgesetz betreffend Kinderarmut ist somit **angenommen**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die dem Ausschussbericht beigedruckte **EntschlieÙung** betreffend Verankerung des Rechts auf Bildung in der Bundesverfassung sowie einer umfassenden Reform des Schulsystems.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem EntschlieÙungsantrag ihre Zustimmung geben, von den Sitzen aufzustehen, also ein entsprechendes Zeichen zu geben. – Das ist **Stimmeneinhelligkeit**. Dieser EntschlieÙungsantrag ist somit einstimmig **angenommen**.
(Beifall.)

2. Punkt

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage (2 d.B.) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird (4 der Beilagen)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung.

Frau Abgeordnete Bereuter ist wieder Berichterstatterin. Ich ersuche sie um den Bericht. – Bitte sehr.

Berichterstatterin Veronika Bereuter: Ich erstatte den Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Paulitsch, Grillmayr und Rudigier einen Abänderungsantrag eingebracht, der wie folgt begründet war: In der Regierungsvorlage ist vorgesehen, dass die Unterstützung für Schulveranstaltungen nur für Schülerinnen und Schüler ab der 10. Schulstufe erfolgt. Zudem müssen Schüler und Schülerinnen, die um eine Unterstützung ansuchen, einen ausgezeichneten Schulerfolg haben. Damit werden aber die Ziele der Regierungsvorlage, nämlich die Unterstützung bei Schulveranstaltungen und die Einbeziehung möglichst vieler SchülerInnen, klar verfehlt.

Bei der Abstimmung im Ausschuss wurde der Gesetzentwurf in der Fassung dieses Abänderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein von den Abgeordneten Kopf, Kolleginnen und Kollegen eingebrachter Abänderungsantrag fand keine Mehrheit im Ausschuss.

Ein von den Abgeordneten Grillmayr und Lung eingebrachter EntschlieÙungsantrag betreffend Förderung der Nachhilfe wurde ebenfalls abgelehnt.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön.

Diskussion

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gehen nun in die Debatte ein.

Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bibulovic. 2 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte sehr.

16.10

Abgeordnete des Jugendparlaments Suzana Bibulovic (Weiß): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! *(Die Rednerin stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für das österreichische Volk“ vor sich auf das Rednerpult.)* Wir von der weißen Fraktion sind gegen den Gesetzentwurf unter TOP 2, da er zu wenig auf die Bedürfnisse von in Armut lebenden Kindern eingeht.

Wir bringen daher folgenden Abänderungsantrag ein:

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Bibulovic, Kolleginnen und Kollegen zur Regierungsvorlage Nr. 2 der Beilagen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfegesetz 1983 geändert wird

Der im Titel bezeichnete Gesetzantrag wird wie folgt geändert:

§ 9a lautet:

„(1) Unterstützung gebührt nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes ebenso für die Teilnahme an Schulveranstaltungen im Sinne der Schulveranstaltungenverordnung 1995. Das sind insbesondere Skikurse, Sport- und Projektwochen oder eine Teilnahme an Sprachreisen.

(2) Unterstützung kann für SchülerInnen ab der 1. Schulstufe auch dann beantragt werden, wenn ansonsten keine Schülerbeihilfe bezogen wird. Für den Erhalt der Unterstützung muss soziale Bedürftigkeit im Sinne dieses Bundesgesetzes gegeben sein.

(3) Die Unterstützung kann beantragt werden, sobald die Teilnahme an einer Schulveranstaltung mehr als 50 € kostet. Kosten bis zu 500 € werden zur Gänze ersetzt. Darüber hinausgehende Beträge werden zu 50 Prozent ersetzt.“

Rund 270 000 Buben und Mädchen in Österreich unter 19 Jahren sind armutsgefährdet. Es gibt auch wissenschaftliche Belege dafür, dass Kinder Armut als sehr belastend empfinden. Der Schluss liegt daher nahe und ist teilweise belegt, dass der Faktor Armut eine wesentliche Rolle für das Auseinanderbrechen von Familien beziehungsweise als Auslöser für familiäre Krisen spielt.

Uns, den Weißen, geht es um ein soziales Österreich, sodass es den Menschen – vor allem den Kindern – gut geht. Uns geht es nicht um die Parteipolitik, und wir bitten Sie daher: Denken Sie noch einmal darüber nach.

Denken Sie an die Menschen, und stimmen Sie für unseren Antrag! – Danke. *(Beifall.)*

16.13

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Frau Abgeordnete Bibulovic hat den Abänderungsantrag ordnungsgemäß eingebracht. Dieser Abänderungsantrag steht damit auch mit in Diskussion zum Tagesordnungspunkt 2.

Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Metzler. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte sehr.

16.13

Abgeordneter des Jugendparlaments Mathias Metzler (Gelb): So wie alle anderen Fraktion haben auch wir uns damit auseinandergesetzt, dass der Staat unsere Kinder und Jugendlichen fördern soll, denn Ausflüge, Projektwochen und Sprachreisen sind pädagogisch wertvoll, dienen der Weiterbildung und der Wissensanreicherung unserer Jugendlichen und sollten daher von jedem Schüler bestritten werden können, egal, wie viel Geld zu Hause vorhanden ist, egal, wie viel die Eltern verdienen und woher er abstammt.

Auch wir haben einige Änderungsvorschläge, und die lauten, dass – egal, wie lange eine Veranstaltung dauert, ob sie ein, zwei oder wie viele Tage auch immer dauert – die Möglichkeit auf eine finanzielle Unterstützung gegeben sein soll, sobald ein Aufwand von 30 € anfällt.

Weiters sind wir der Meinung, dass ein sozialer Unterschied nicht mit schulischen Höchstleistungen in Verbindung gebracht werden soll. Daher haben wir die ursprüngliche Voraussetzung eines ausgezeichneten Erfolges auf einen Notendurchschnitt von 3,5 herabgesetzt.

Außerdem wollen wir, dass nicht nur die Schüler der 10. Schulstufe unterstützt werden, sondern schon Kinder ab dem Volksschulalter.

Ich bitte Sie im Interesse von allen Schülern und Schülerinnen, unseren Änderungsvorschlägen zuzustimmen. Die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen muss uns allen ein großes Anliegen sein. *(Beifall.)*

16.15

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Fritz. Sie haben sich 4 Minuten Redezeit vorgenommen. – Bitte sehr.

16.15

Abgeordneter des Jugendparlaments Maximilian Fritz (Türkis): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrtes Hohes Haus! Für viele Eltern ist es eine Menge Geld, wenn sie 30 € für eine Schulveranstaltung zahlen müssen. Daher können einige Kinder nicht an den Schulexkursionen teilnehmen. Um dies zu verhindern haben wir, die Türkise Partei, in Zusammenarbeit mit den Gelben und den Violetten einen Abänderungsantrag eingebracht.

Zum § 9a Absatz 1 haben wir eine finanzielle Hilfe gefordert, durch die nicht nur für Schulausflüge ab einer Dauer von vier Tagen eine Unterstützung erfolgt, sondern für alle anderen auch, jedoch kann diese nur ab einem Notenschnitt von 3,5 angefordert werden.

Mit Absatz 3 haben wir uns etwas intensiver beschäftigt, da er nicht unseren Vorstellungen entsprach. In unserem Abänderungsantrag fordern wir eine Unterstützung bei Beträgen schon ab 25 € bis zu maximal 500 €. Diese sollte auch nicht erst ab der 10., sondern für jede Schulstufe möglich sein.

So fordern wir Sie alle auf, dem Abänderungsantrag der Türkisen, der Gelben und der Violetten Partei anzunehmen. – Danke. *(Beifall.)*

16.17

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Spiegel zu Wort. 2 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte, Frau Abgeordnete.

16.17

Abgeordnete des Jugendparlaments Julia Spiegel (Violett): Sehr geehrte Nationalratspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Jugendparlaments! In Zeiten wie

diesen ist es für viele Eltern schwierig, auch nur kleine Schulveranstaltungen für ihre Kinder zu finanzieren. Deswegen treten wir Violetten dafür ein, dass Ausgaben für kleine Schulveranstaltungen ab 25 € gefördert werden, da diese für die Bildung und soziale Entwicklung von Kindern wichtig sind. So kann es sich dann zum Beispiel auch eine kinderreiche Familie leisten, die Kinder mehrmals zu Theatervorführungen gehen zu lassen, um ihnen das gleiche Leben, wie es auch die anderen Schüler haben, zu ermöglichen.

Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

16.18

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Kaufmann zu Wort. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

16.18

Abgeordnete des Jugendparlaments Valentina Kaufmann (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! Wir, die Weiße Partei, sind gegen den Antrag auf Unterstützung bei Schulveranstaltungen. Wir wollen die bestmögliche Lösung für Österreich finden.

Die anderen Fraktionen berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen nicht. Sie schauen nur auf ihren eigenen Vorteil und haben sich daher gegen unsere Fraktion zusammengeschlossen. Sie achten nur darauf, was für **sie** am besten ist. Die Bevölkerung ist ihnen dabei egal.

Unsere Fraktion bringt daher folgenden Änderungsvorschlag ein: Die Unterstützung für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sollte zeitunabhängig sein. Daher wollen wir die Mindestlänge von vier Tagen auf Mindestkosten von 50 € ändern. Der Absatz 1 würde dann wie folgt lauten:

„Unterstützung gebührt nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes ebenso für die Teilnahme an Schulveranstaltungen im Sinne der Schulveranstaltungenverordnung 1995. Das sind insbesondere Skikurse, Sport- und Projektwochen oder eine Teilnahme an Sprachreisen.“ – Dies gilt, sofern die Teilnahme mehr als 50 € kostet.

Ebenso wollen wir, dass der Staat bereits ab der Volksschule Förderungen ausbezahlt und nicht erst ab der 10. Schulstufe.

Weiters darf der schulische Erfolg die Förderungen nicht beeinträchtigen. Jeder, der die Förderung braucht, sollte sie bekommen – unabhängig von der schulischen Leistung. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen. *(Beifall.)*

16.20

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Das soeben Vorgebrachte ist im Abänderungsantrag der Frau Abgeordneten Bibulovic schon enthalten, damit auch schon eingebracht.

Nun gelangt Herr Abgeordneter Ortner zu Wort. 2 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte sehr.

16.20

Abgeordneter des Jugendparlaments Luca Ortner (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Heute diskutieren wir über Kinderrechte und darüber, dass sie erweitert werden sollen, denn durch **unseren** Antrag – und nicht durch die billige Kopie der Weißen Partei – können wir endlich auf Chancengleichheit und bessere Abschlüsse in Schulen hoffen. *(Beifall. – Oh-Rufe bei den Weißen.)*

Was täte Österreich ohne Bildung? – Bildung ist Zukunft, und ohne Zukunft ist Österreich nichts. Dieses Projekt zeigt zum Beispiel auch, dass Jugendliche durchaus politikfähig sind, denn wir haben an einem Tag geschafft, wofür das Parlament manchmal Monate braucht.

Deshalb danke ich Ihnen für Ihre kompetenten Vorschläge und die gute Zusammenarbeit. – Danke sehr. *(Beifall.)*

16.21

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Katalenic zu Wort. 3 Minute gewünschte Redezeit. – Bitte sehr.

16.21

Abgeordnete des Jugendparlaments Tatjana Katalenic (Türkis): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir, die Türkisen, haben uns gemeinsam mit den Gelben und den Violetten dafür eingesetzt, dass das Bundesgesetz bezüglich Unterstützung bei Schulveranstaltungen abgeändert wird. Wieso? – Ganz einfach: Uns ist Bildung wichtig, und man sollte in diesem Bereich unterstützen, denn wir wollen die Armut bekämpfen.

Wie wollen wir aber Armut bekämpfen, wenn wir keine gute Bildung haben? Keine gute Bildung bedeutet keinen Job, und kein Job bedeutet kein Geld. Schulveranstaltungen gehören nun einmal zur Bildung dazu. Wir waren nicht damit einverstanden, dass die Noten ausschlaggebend sein sollen, ob Schüler gefördert werden oder nicht. Außerdem waren wir dafür, dass nicht erst ab der 10. Schulstufe gefördert wird, sondern schon früher, denn Schulveranstaltungen gibt es auch in der Volksschule.

Wir haben uns mit anderen Klubs zusammengeschlossen und einen Abänderungsantrag eingebracht. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Veranstaltungen, auch wenn sie nur einen Tag lang dauern, gefördert werden, und zwar bereits ab 25 €, denn bereits das ist für eine arme Familie viel Geld. Gefördert werden sollte bis zu 500 €.

Auch den Notendurchschnitt haben wir gesenkt, und zwar auf 3,5. Eigentlich wollten wir noch einen Antrag bezüglich Gratisnachhilfe einbringen, doch leider ist er nicht durchgegangen. Das wäre aber der erste Schritt zu einer Grundlage, die wir damit schaffen würden.

Stellen Sie sich einmal eine Schulveranstaltung vor, eine Sportwoche: Die ganze Klasse ist dabei, nur drei oder vier Leute können nicht mit, weil sie einfach das Geld dazu nicht haben. Das würden wir tun? – Das kann es doch nicht sein.

Wir sind auch dafür, dass nicht ab der 10. Schulstufe, sondern bereits ab der 1. Schulstufe gefördert wird.

Unseren Abänderungsantrag haben wir bereits im Ausschuss durchgebracht. Wir hoffen, dass das auch hier klappt, und bitten Sie daher, für uns zu stimmen. – Danke schön. *(Beifall.)*

16.24

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Silber. 2 Minuten gewünschte Redezeit. – Bitte sehr.

16.24

Abgeordnete des Jugendparlaments Viviane Silber (Violett): Sehr geehrte Nationalratspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Jugendparlaments! Schulveranstaltungen nach dem Schulgesetz haben zum Ziel, die Ergänzung des lehrplanmäßigen Unterrichts zu gewährleisten. Schüler und Schülerinnen sollen Kontakt zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben bekommen. Darum ist es wichtig, Schulveranstaltungen zu fördern. Aufgrund dessen sollte jedes Kind die Möglichkeit haben, dabei zu sein.

Die Violetten stehen für die Förderung aller Schulveranstaltungen, unabhängig von der Dauer. Die Unterstützung muss auch für eintägige Schulveranstaltungen gewährleistet werden. – Danke. *(Beifall.)*

16.25

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kühne. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte sehr.

16.25

Abgeordneter des Jugendparlaments David Kühne (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! Wir, die Weißen, sind im Gegensatz zu den Gelben an unseren Bürgern interessiert (*Widerspruch bei den Gelben*) und der Meinung, dass das Gesetz zur Unterstützung bei Schulveranstaltungen abgeändert werden soll.

Wir vertreten den Standpunkt, dass sich die Beihilfen nicht an der **Dauer**, sondern am **Preis** der Veranstaltung orientieren sollen und dass sie auch nicht vom Betragen oder der schulischen Leistung des Kindes abhängig sein sollen.

Wir möchten noch betonen, dass es den kleineren Fraktionen nicht um das Wohl der Menschen in Österreich geht, sondern nur darum, uns, der weißen Fraktion, eins auszuwischen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall. – Rufe bei den Weißen: Ja, genau! – Widerspruch bei den Gelben, Türkisen und Violetten.*)

16.26

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Paulitsch zu Wort. Redezeit: 2 Minuten. – Bitte.

16.26

Abgeordnete des Jugendparlaments Bianca Paulitsch (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir reden heute über die Verbesserung des Schülerbeihilfengesetzes, weil es wichtig ist, sozial bedürftige Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

Wir wollen, dass **alle** die Möglichkeit bekommen, an Schulveranstaltungen teilzunehmen – egal, ob sie reich oder arm sind. Deshalb sollen Schüler und Schülerinnen, die Hilfe brauchen, auch Hilfe bekommen.

Nun bitte ich Sie, meine Damen und Herren, versetzen Sie sich doch einmal in die Position eines armen Kindes oder eines armen Jugendlichen, und denken Sie daran, wie schwer es jene manchmal haben! In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Danke. (*Beifall.*)

16.27

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Gantner. Gewünschte Redezeit: 2 Minuten. – Bitte sehr.

16.27

Abgeordnete des Jugendparlaments Melanie Gantner (Violett): Sehr geehrte Nationalratspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Jugendparlaments! Unter TOP 2 soll ein Gesetz zur Unterstützung bei Schulveranstaltungen beschlossen werden. Nach Verhandlungen mit den Gelben und den Türkisen einigten wir uns auf eine Senkung des für finanzielle Förderung bei Schulveranstaltungen nötigen Notendurchschnitts auf 3,5.

Wir von den Violetten sind für Chancengleichheit und wünschen uns, dass der Notendurchschnitt **nicht** ausschlaggebend ist. Unser Wunsch sind zusätzliche „Schülerhelfen-Schülern“-Programme an allen Schulen, aber wir stimmen dem Kompromiss gerne zu. (*Beifall.*)

16.28

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Müller zu Wort. 1 Minute Redezeit. – Bitte sehr.

16.28

Abgeordneter des Jugendparlaments Alexander Müller (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für ein armutfreies Österreich“ vor sich auf das Rednerpult.)* Die Unterstützungen für Schulveranstaltungen sollte es nicht nur für Veranstaltungen geben, die mehr als vier Tage dauern, denn es gibt Veranstaltungen, die nur einen Tag dauern, aber dennoch sehr kostspielig sind.

Wir finden es außerdem unsinnig, dass nur Schüler mit ausgezeichnetem Erfolg unterstützt werden, denn nicht jeder Schüler ist in der Lage, einen ausgezeichneten Erfolg vorzuweisen.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien sind wir, die Weißen, für die Menschen in Österreich da und versuchen nicht, einen Wettkampf unter den Parteien zu führen. Darum bitten wir Sie, unseren Antrag anzunehmen. *(Beifall.)*

16.29

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Kyburz zu Wort. 2 Minuten Redezeit. – Bitte sehr.

16.29

Abgeordnete des Jugendparlaments Jana Kyburz (Gelb): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Jedes siebte Kind in Österreich ist von Armut betroffen. In der Öffentlichkeit wird nicht viel davon gesprochen. Uns von „Miteinander und Gemeinschaft“ ist es ein wirkliches Anliegen, diese Realität sichtbar zu machen. Doch Sichtbarmachen allein reicht nicht: Wir greifen ein und ändern etwas. Darum stimmen wir heute für eine Regierungsvorlage, die einem wichtigen Teil der Diskriminierung entgegenwirkt.

Viele Kinder können an Schulveranstaltungen nicht teilnehmen. Es ist ihnen unangenehm, sie trauen sich nicht, darüber zu sprechen, und melden sich krank. Sie werden deswegen von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Schulveranstaltungen kosten viel Geld und werden bis heute nicht zureichend gefördert. Daher haben wir uns für eine finanzielle Unterstützung dieser benachteiligten Familien entschieden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

16.30

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Danke schön. – Nun gelangt Herr Abgeordneter Vögel zu Wort. 1 Minute Redezeit. – Bitte sehr.

16.30

Abgeordneter des Jugendparlaments Adrian Vögel (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Rot-Weiß-Rot, nicht Violett, Gelb, Türkis“ vor sich auf das Rednerpult.)* Wir, die Weiße Partei, wären für eine Abänderung des unter TOP 2 behandelten Gesetzentwurfes, die dazu führt, dass Unterstützung bereits ab der 1. Schulstufe gegeben wird, dass keine Betragens- oder andere Schulnote über die Gewährung entscheidet und dass das Budget geändert wird.

So soll jedem Kind Unterstützung von bis zu 200 € gewährt werden, je nachdem, wie viel die Schulveranstaltung finanziell in Anspruch nimmt. Die darüber hinausgehenden Kosten werden prozentmäßig zur Unterstützung freigegeben. Kostet eine Sprachreise beispielsweise 300 €, werden 200 € bezahlt, und die restlichen 100 € zu einem Prozentsatz von beispielweise 40 Prozent bezahlt.

Bitte denken Sie darüber nach! Mir kommt es nämlich so vor, dass sich hier kleinere Parteien zusammengeschlossen haben, um Parteipolitik zu leben. Ich möchte nur verdeutlichen, dass es unserer Partei um Österreich und um das Wohl der Bevölkerung geht. Die Kinderarmut muss bekämpft werden, und das funktioniert nur, wenn jede Partei hier im Hohen Haus

konstruktiv diskutiert und mit uns eine funktionierende, gute Lösung für dieses immer noch präsente Problem sucht.

Schließlich widerspricht ihr euch doch selbst: Einerseits wollt ihr, dass jedes Kind an einer Exkursion teilnehmen kann, setzt aber andererseits ein Limit von einem Notendurchschnitt von 3,5. Was erwartet ihr euch davon? – Vielen Dank. *(Beifall.)*

16.32

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Neyer zu Wort. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit einzuhalten ist, wenn alle noch zu Wort kommen sollen. – Bitte, Herr Abgeordneter, 1 Minute Redezeit.

16.32

Abgeordneter des Jugendparlaments Johannes Neyer (Weiß): Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin! Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Für mehr Menschlichkeit im Land“ vor sich auf das Rednerpult.)* Wir, die Weißen, machen Schluss mit der Kinderarmut. Viele Jugendliche und Kinder sind aufgrund ihrer Armut stark eingeschränkt, und diese Tatsache können und wollen wir nicht dulden.

Dem leisten wir mit Förderungen Abhilfe. Die unter TOP 2 diskutierten Unterstützungen für Schulveranstaltungen wollen wir von den schulischen Leistungen unabhängig machen. Weiters sollen die Förderungen die Kosten für Schulveranstaltungen bis 500 € und einen prozentuellen Anteil der Kosten über 500 € decken.

Wir sind nicht an primitiven Machtspielchen interessiert, sondern orientieren uns an den Bedürfnissen der österreichischen Jugend. Aus diesem Grund bitten wir Sie um die Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag. *(Beifall.)*

16.33

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Erhart zu Wort. 1 Minute Redezeit. – Bitte.

16.34

Abgeordneter des Jugendparlaments Julian Erhart (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! Wir, die Weißen, sind im Gegensatz zu den Gelben, Violetten und Türkisen, die sich zusammengeschlossen haben, für das Volk, für Österreich und vor allem für die Kinder.

Den anderen geht es nur um Parteipolitik. In Österreich liegt die Kinderarmut mit 15 Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Gleichzeitig haben Kinder hierzulande – wie auch in den meisten EU-Ländern – ein höheres Armutsrisiko als die Gesamtbevölkerung. Deshalb sind wir dafür, dass den Kindern geholfen wird. Diese Kinder müssen geschützt werden. Sie können sich nicht wehren und werden in Armut geboren.

Wir möchten auch, dass diese Kinder bei Sport, Ski- oder Projektwochen finanziell unterstützt werden, und das schon, wenn ein Ausflug mehr als 50 € kostet. Die Unterstützung soll nicht von der schulischen Leistung abhängig sein. – Vielen Dank. *(Beifall. – Abgeordnete der Gelben und der Türkisen halten demonstrativ ihre „Nein“-Stimmzettel in die Höhe.)*

16.35

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Wohlfahrt. Redezeit: 1 Minute. – Bitte.

16.35

Abgeordnete des Jugendparlaments Dagmar Wohlfahrt (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Die Rednerin stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Das Wohlergehen der Österreicherinnen und Österreicher“ vor sich auf das Rednerpult.)* Allein in Österreich liegt die Kinderarmut bei 15 Prozent. Wir, die Weißen, wollen etwas daran ändern. Uns liegt das

Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung am Herzen. Darum schlagen wir eine Änderung des Gesetzentwurfes dahin gehend vor, dass die Gewährung der finanziellen Unterstützung nicht vom Schulerfolg oder von der Schulstufe abhängen soll. Bei Veranstaltungen, die mehr als 50 € kosten, fordern wir die Unterstützung durch den Staat. – Danke. *(Beifall.)*

16.36

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Bernhart zu Wort. Herr Abgeordneter, 1 Minute. – Bitte.

16.36

Abgeordneter des Jugendparlaments Florian Bernhart (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Uns liegt Österreich am Herzen“ vor sich auf das Rednerpult.)* Den Gesetzentwurf unter TOP 2 lehnen wir in dieser Form ab und sind für folgende Veränderungen: Die Unterstützung soll nicht von der Länge der Schulveranstaltung abhängen, sondern ab einer Höhe von 50 € erfolgen. Des Weiteren soll die staatliche Unterstützung nicht von den schulischen Leistungen abhängen. Auch jeder finanziell schwache Schüler soll ein Recht auf Unterstützung haben.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien, die nur Parteipolitik betreiben, wollen wir nur das Beste für die Republik Österreich und die österreichische Bevölkerung. Aus diesem Grund bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke. *(Beifall.)*

16.37

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kopf. 1 Minute Redezeit. – Bitte, Herr Abgeordneter.

16.37

Abgeordneter des Jugendparlaments Felix Kopf (Weiß): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrtes Hohes Haus! *(Der Redner stellt eine Tafel mit der Aufschrift „Uns liegt Österreich am Herzen“ vor sich auf das Rednerpult.)* Wir von den Weißen sind gegen den Gesetzentwurf unter TOP 2.

Wir wollen keine Elite fördern, sondern allen sozial schwachen Schülern unter die Arme greifen. Wir von den Weißen sind für ein soziales Österreich. Aus diesem Grund bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen. *(Beifall.)*

16.38

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Peletti zu Wort. Redezeit ebenfalls 1 Minute. – Bitte sehr.

16.38

Abgeordneter des Jugendparlaments Patrick Peletti (Weiß): Sehr geehrtes Hohes Haus! Im Unterschied zu den anderen Parteien sind wir der Meinung, dass in Österreich so viele Kinder in Armut leben, dass eine Unterstützung schon ab der 1. Schulstufe als sinnvoll erscheint.

Des Weiteren sind wir dafür, dass Schul- und Betragensnoten nicht in die Entscheidung miteinbezogen werden sollen. Wir können uns eurer Meinung, dass „faule“ Schüler, die einen Notendurchschnitt von über 3,5 haben, kein Recht auf Unterstützung haben, nicht anschließen.

Ich wüsste auch gerne, wie der Notendurchschnitt errechnet werden soll: Muss vor einer Schulveranstaltung von jedem Schüler ein Notendurchschnitt errechnet werden, nur um herauszufinden, ob ein Schüler es verdient hat, mit seinen Klassenkameraden eine gemeinsame Schulveranstaltung zu erleben? – Entschuldigen Sie, aber das ist lächerlich!

Ich erinnere jeden hier im Hohen Haus daran, dass es hier – hier in Österreich! – um unser Land und dessen Volk geht. Kinderarmut ist ein Thema, das bekämpft werden muss. Arme Schüler mit einem schlechten Notendurchschnitt von der Klassengemeinschaft auszuschließen ist keine wirksame Bekämpfung. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

16.39

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Debatte.

Wir kommen nun zur **Abstimmung** über den Tagesordnungspunkt 2.

Ich werde jetzt sehr genau erläutern, wie wir diese Abstimmung vornehmen werden: Es geht um den Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, zum Thema finanzielle Unterstützung von Schulveranstaltungen, in der Fassung des Ausschussberichts.

Das heißt, Sie haben die Regierungsvorlage im Ausschuss geändert, und dieser Ausschussbericht steht zur Abstimmung.

Weiters haben die Abgeordneten Bibulovic, Kolleginnen und Kollegen vom Klub der Weißen einen Abänderungsantrag betreffend Förderung für Schulveranstaltungen, die mehr als 50 € kosten, und gleichzeitige Erhöhung der Förderung eingebracht.

Ich werde zunächst über diesen Abänderungsantrag und dann über das Schülerbeihilfengesetz in der Fassung des Ausschussberichts abstimmen lassen.

Wir kommen also zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Bibulovic, Kolleginnen und Kollegen vom Klub der Weißen betreffend Förderung für Schulveranstaltungen, die mehr als 50 € kosten, und gleichzeitige Erhöhung der Förderung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Plätzen zu erheben. – Das ist die **Minderheit**. Dieser Abänderungsantrag ist **abgelehnt**. (*Beifall.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, zum Thema finanzielle Unterstützung von Schulveranstaltungen, in der Fassung des Ausschussberichts.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Bundesgesetz in der Fassung des Ausschussberichts ihre Zustimmung geben, sich von den Plätzen zu erheben. – Das ist die **Mehrheit**. Das Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, betreffend finanzielle Unterstützung von Schulveranstaltungen ist somit **angenommen**. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist somit erledigt, und die Sitzung ist beendet. Ich **schließe** das Plenum.

Schluss der Sitzung: 16.42 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien